



Bundesministerin für Frauen,
Familie, Jugend und Integration

[bundeskanzleramt.gv.at](https://www.bundeskanzleramt.gv.at)

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie,
Jugend und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.819.091

Wien, am 10. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Amesbauer, BA, Kolleginnen und Kollegen haben am 10. Dezember 2020 unter der Nr. **4483/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Moscheen in Österreich“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- 1. Wie viele Moscheen gibt es in Österreich, gegliedert nach Bundesländern und Bezirken?*
- 2. Wer sind jeweils die Betreiber dieser Moscheen?*

Ich darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4305/J vom 23. November 2020 verweisen.

Zu den Frage 3 bis 7:

- 3. Wie viele dieser Moscheen, gegliedert nach Bundesländern und Bezirke, beziehen nach Kenntnisstand des Kultusamtes finanzielle Unterstützungen aus dem Ausland?*
- 4. Sind dem Kultusamt die ausländischen Geldgeber und die Beträge bekannt?*

5. *Wenn ja, wer sind diese Geldgeber?*
6. *Wenn ja, welche Beträge erhalten die Moscheen von ausländischen Geldgebern?*
7. *Wenn nein, auf welche geeignete Weise wird die Überprüfung der Auslandsfinanzierung durch das Kultusamt sonst sichergestellt?*

Laufende Finanzierungen aus dem Ausland sind gemäß § 6 Abs 2 IslamG 2015 unzulässig.

Zu den Fragen 8 und 9:

8. *Ist dem Kultusamt bekannt, welche Moscheen von den Sicherheitsbehörden als „radikal“ eingestuft werden?*
9. *Wenn ja, wie viele sind das Ihrem Kenntnisstand nach?*

Ich ersuche um Verständnis, dass Fragen zu Vollzugsangelegenheiten der Sicherheitsbehörden von mir nicht beantwortet werden können. Sie betreffen keinen Gegenstand meines Vollziehungsbereichs, wie sich dieser aus den maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere jenen des Bundesministeriengesetzes 1986 idgF. ergibt.

MMag. Dr. Susanne Raab

